



Bahn-Beirat predigt Eigennutz vor Gemeinnutz

BERLIN (pb) Nach Auffassung des Fahrgastverbandes PRO BAHN predigt die Deutsche Bahn AG und ihr Bahn-Beirat ausschließlich unternehmerischen Eigennutz ohne Rücksicht auf die Interessen der Fahrgäste und der verladenden Wirtschaft. Der „Bahn-Beirat“ besteht aus Wissenschaftlern, die der Auffassung sind, das deutsche Schienennetz solle an der Börse verkauft werden. Wenige Tage vor der Bundestagswahl präsentierte die DB die Auffassung des Bahn-Beirats der Öffentlichkeit. Ein Gutachten der Bundesregierung zur Frage des Bahn-Börsengangs mit oder ohne Schienennetz soll nach der Bildung einer neuen Bundesregierung veröffentlicht werden. „Während viele Landesregierungen mit Zuschüssen dafür sorgen müssen, dass die Schienen zu den Güteranschlüssen intakt bleiben oder wiederhergestellt werden und die Bundesregierung Zuschüsse zahlt, damit abgebaute Gleisanschlüsse wieder hergestellt werden können, hält die Deutsche Bahn AG

es für unternehmerisch sinnvoll, dass allein sie entscheidet, wie gut sie das Schienennetz unterhält,“ kommentiert Rechtsreferent Rainer Engel die Stellungnahme des Bahn-Beirats. „Uns wundert nicht, dass es unternehmerisch sinnvoll sein soll, das Schienenmonopol zu nutzen, um Zuschüsse durchzusetzen und die Folgen von Misswirtschaft auf den Steuerzahler abzuwälzen. Das nennt man landläufig ‚Eigennutz vor Gemeinnutzen‘.“ Der Fahrgastverband nennt als Beispiele den Fall der Wiesbadener Sektkellerei Henkell, für die mit Landesmitteln eine unzureichend unterhaltene Brücke repariert wird, oder den Fall der schadhafte Bahnlinie Neumünster – Heide, bei der die DB offenbar darauf spekuliert, dass das Land ihr eine Totalsanierung bezahlt.



Weitere aktuelle Meldungen:
www.pro-bahn.de/aktuell

Hinweis der Redaktion:

Lesen Sie ergänzend hierzu die Reaktion von Prof. Siegmann, Berlin, in der Fahrgast 1/2006 Seite 49.